

Bericht aus dem Fürther Stadtrat

Einstimmiger Beschluß gegen den Versuch der europäischen Kommission zur Privatisierung der Trinkwasserversorgung

Unter anderem auf Antrag der Linken wurde vom Fürther Stadtrat einstimmig beschlossen den Vorstoß der EU die Trinkwasserversorgung für den freien Wettbewerb zu öffnen und zu privatisieren entschieden abgelehnt und aufgerufen das Bürgerbegehren gegen die geplante Richtlinie zu unterstützen.

Die Bürgerinnen und Bürger mit sauberem Trinkwasser zu versorgen muss kommunale Pflichtaufgabe bleiben, wurde weiterhin beschlossen.

Der zusätzliche weitergehende Antrag der Linken, der auch vom Fürther Wasserbündnis unterstützt wird, die Fürther Trinkwasserversorgung vollständig zu rekommunalisieren (19,8 % gehören E-ON) wurde zwar gegen 4 Stimmen abgelehnt. Im Herbst werden wir jedoch sehen, was die bis dahin erfolgte Überprüfung dahingehend, die ebenfalls beschlossen wurde, ergeben hat.

Dann wird, wenn es nötig sein sollte, ein neuer Vorstoß zur vollständigen Rekommunalisierung der Trinkwasserversorgung erfolgen.

Gespräche mit privaten Großvermietern und Wohnungsbaugenossenschaften beginnen

Auf Antrag der Linken wurde in Fürth eine „Arbeitsgruppe Wohnungsnot“ gegründet. Diese ist beim Sozialreferat angesiedelt und hat nun ihre Arbeit aufgenommen. Es werden nun Gespräche mit Genossenschaften geführt, ob beispielsweise der Abriss einen großen Wohnblocks tatsächlich notwendig ist, oder wieder von MieterInnen bezogen werden kann.

Auch werden Gespräche mit privaten Großvermietern geführt, wie deren Beitrag zu Linderung der Wohnungsnot ausschauen kann. Beantragt hat die Linke beispielsweise, daß 25 % von Neubauten eine Miethöhe haben müssen, die vom Jobcenter gezahlt wird.

Fürther Stadtrat fordert einstimmig die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) auf die Kürzungen bei Radio Z zurückzunehmen

Der Fürther Stadtrat hat in seiner Sitzung am 20.03.2013 die Anträge von Linken und SPD einstimmig angenommen die BLM aufzufordern die Kürzungen bei der Programmförderung für Radio Z zurückzunehmen.

Radio Z ist ein inzwischen seit über 25 Jahren existierendes BürgerInnen – Radiosender, der eine soziokulturelle Plattform für kulturelle Vielfalt in Nordbayern darstellt. Die Sendungen bieten sozialen, linken, antifaschistischen, MigrantInnen Initiativen Raum.

Es ist klar, daß der selbstherrliche Landes-CSU ein demokratischer freier Sender wie Radio Z seit Jahren ein Dorn im Auge ist. Ist ja bekannt, daß die Landes-CSU sogar beim ZDF anrufen läßt um auf deren Inhalte Einfluß zu nehmen.

Präsident der BLM ist Siegfried Schneider, früher u.a. bildungspolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, Bayr. Staatsminister für Unterricht und Kultus und Leiter der Bayr. Staatskanzlei gewesen.

Nachdem zunächst das Sozialforum, die Erwerbsloseninitiative, das Bündnis gegen Privatisierungen (Wasserbündnis) etc. sich gegen die Kürzungen bei Radio Z ausgesprochen haben, hat die Linke ebenfalls einen Antrag gestellt. Kurz danach auch die SPD, die die absolute Mehrheit

im Fürther Stadtrat hat.

Der Beschluß wurde dann sogar ohne Diskussion einstimmig von allen Parteien im Stadtrat gefaßt.

Die Zeit ist überreif die Allmacht der Landes-CSU zu überwinden, damit in Bayern wieder alle BewohnerInnen vertreten sind und es auch in Bayern demokratischer wird.

Die Linke steht hinter dem Grundgesetz und für Demokratie, die Linke steht für Pressefreiheit.

Tschüß, Ulrich Schönweiß